

Hauptausgabe

Jungfrau Zeitung  
3600 Thun  
033/ 826 01 01  
www.jungfrauzeitung.ch/

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 1'930  
Erscheinungsweise: 2x wöchentlich



Seite: 11  
Fläche: 79'316 mm²

Auftrag: 1088104  
Themen-Nr.: 200.007

Referenz: 72945570  
Ausschnitt Seite: 1/2

## Wirtschaft stösst sich an der Politik

An der Hauptversammlung sah der Präsident des Verbands dem Geschäftsjahr 2019 positiv entgegen. Dafür fehle es aber in der Politik an «gangbaren Kompromissen». Diese Einschätzung bestätigte der Gastreferent Gian-Luca Lardi.



70 Mitglieder nahmen an der Hauptversammlung teil. Präsident Reto Heiz führte durch den Abend.

### von Rebecca Holzer

**THUN** Zwar seien die Erwartungen an die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2019 grundsätzlich positiv, so Reto Heiz vom Verband Wirtschaft Thun Oberland. Im politischen Bereich lägen aber Risiken. Auf nationaler und internationaler Ebene stelle er fest, dass «die Politik die wachsenden Herausforderungen eher verdrängt, als konkrete Lösungen zu erarbeiten». Man verharre auf «politischen Rezepten», statt Kom-

promisse zu suchen. 2019 sei ein Wahljahr, «da kann man wohl nichts anderes erwarten», moniert er.

### Wechsel im Vorstand

Nach langjähriger Tätigkeitsperiode scheidet Martin Strehl aus dem Verband. Als ehemaliger Präsident des Arbeitgeberverbands Thun AGV wirkte er entscheidend am Zusammenschluss mit dem Handels- und Industrieverein HIV und somit der Gründung des Ver-

bands Wirtschaft Thun mit. Neu in den Vorstand gewählt wurde Julian von Känel, Generalagent der Mobiliar Thun. Aufgrund der guten Jahresrechnung 2018 und der finanziell stabilen Situation des Verbands konnten die Mitgliederbeiträge für 2019 um 25 Prozent reduziert werden.

### Politisch motiviertes Urteil

Im Jahresrückblick verweist Heiz auf das Pariser Gerichtsurteil gegen die UBS. Wegen Beihilfe zur

Hauptausgabe

Jungfrau Zeitung  
3600 Thun  
033/ 826 01 01  
www.jungfrauzeitung.ch/

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 1'930  
Erscheinungsweise: 2x wöchentlich



Seite: 11  
Fläche: 79'316 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1088104  
Themen-Nr.: 200.007

Referenz: 72945570  
Ausschnitt Seite: 2/2

Steuerhinterziehung wurde ihr eine Busse von fünf Milliarden Franken verhängt. Die Anwälte und das Kader der UBS hätten zu wenig beachtet, dass die Anklage politisch motiviert gewesen sei, bemängelt Heiz. Die Franzosen protestierten seit Monaten für mehr soziale Gerechtigkeit. Man dürfe nicht vergessen, dass letztlich auch die Richter Bürger seien. Beim Urteil sei es «nicht unbedingt um Recht, sondern um empfundene Gerechtigkeit» gegangen. Er empfehle den Mitgliedern, sich umzuhören, bevor man sich für eine Konfrontation entscheide. Wichtig sei, dass man nicht nur im eigenen Kreis, sondern auch mit Mitarbeitern auf allen Stufen den Austausch suche.

### Verkehrssanierung ein Ärgernis

Im letzten Jahr hätten die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aufgrund der Sanierung der Verkehrsinfrastruktur die Arbeitgeber im Raum Thun beschäftigt. «Für viele Anwesenden war dies ein Ärgernis», bemerkt Heiz. Der Verband habe das Projekt mit Diskussionen begleitet. Man hoffe, dass die eingebrachten Ver-

besserungsvorschläge in der zweiten Phase der Sanierung umgesetzt würden. Man werde auch am Vernehmlassungsverfahren zur Mobilitätsstrategie 2050 im Entwicklungsraum Thun teilnehmen, kündigt er an. Abgesehen vom Ruf nach Verbesserungen im Prozess gelte aber auch, sich selbst zu überlegen, ob jede Bewegung, die man mache, nötig sei: «Eine Verbesserung der Situation fängt bei sich selber und der Frage an, was man beitragen kann».

### Investition Gesundheitswesen

Als grossen Erfolgsfaktor der

Schweizer Wirtschaft sieht Heiz den flexiblen Arbeitsmarkt. In der Vergangenheit habe man politische Initiativen für mehr Regulierungen des Arbeitsmarktes abwenden können. Aber es stünden immer wieder neue zur Diskussion: «Die Mindestlöhne lassen grüssen». Aufgrund der demografischen Entwicklung gewänne das Gesundheitswesen an Bedeutung. Heiz rät den Mitgliedern: «Profitiert davon und schafft Beziehungen, wenn ihr noch keine habt.»

### Verlorene Legislatur

Der Vizepräsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbands und Zentralpräsident des Schweizerischen Baumeisterverbands Gian-Luca Lardi bestätigte in seinem Gastreferat die innenpolitische Lagebeurteilung von Reto Heiz. Die Schweiz befinde sich seit etwa 15 Jahren in einem Paradigmenwechsel. Aufgrund ihres Reichtums verliere der Wohlstand an Gewicht, dafür gewinne die Lebensqualität an Priorität. Heute könne man den Mitarbeiter nicht mehr einfach mit Lohn erhöhungen abholen, die Welt sei viel komplexer geworden. «Dies hat enorme Konsequenzen für die liberale Wirtschaftsordnung», erklärt Lardi. So nehme zum Beispiel in der Politik die Regulierungsbereitschaft zu. Man rede von einer «verlorenen Legislatur», da es an «grossen Würfeln» fehle, obwohl die Themen auf dem Tisch liegen.

### Unbeliebter Sozialabbau

Einer dieser fehlenden Würfel sei die Reform der Altersvorsorge. Man habe einen Generationenkonflikt in der AHV: Aufgrund

der demografischen Entwicklung müssen Arbeitnehmer immer mehr Bezüger finanzieren. Dabei sei jedoch der grösste Teil des Vermögens bei den Rentnern angesiedelt, führt Lardi aus. Da die Schweizer immer älter würden, vererbten sie ihr Erspartes an die Rentnergenerationen. Trotzdem würden die Leistungen, unabhängig davon, wer sie nötig habe und wer nicht, im Giesskannenprinzip verteilt. Das Thema Sozialabbau sei jedoch unbeliebt: «Rentenanpassung nach unten ist in der Schweiz ein Unwort». Dennoch müsse man die Diskussion führen, sagt Lardi. Weiter stellt er klar, dass Eigentum geschützt gehöre und es nicht darum gehe, bei jenen Bezüglern, welche mit der AHV ihr Einkommen sicherten, Kürzungen vorzunehmen.

Im kommenden April wird der Verband Wirtschaft Thun Oberland erneut eine Mitgliederbefragung zur Konjunktur durchführen. Das Arbeitgeberfrühstück wird 2019 in der Stockhorn Arena stattfinden.

Nr. 172422, online seit: 22. März – 09.58 Uhr

**Video** Sehen Sie online Gian-Luca Lardi im Interview.



Gian-Luca Lardi erklärt, dass es Spannungsfelder in den Bereichen Altersvorsorge, Aussenpolitik und Personenfreizügigkeit gebe.